

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstraße 14 II
Fernsprecher: 37 Janowitz 2120

Anzeigen die dreispaltig, Petitzeile 120. Aufnahme nur bei son-
nertäglicher Erscheinung auf Postfach 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsfrist Freitag

Warum so höflich?

Zu den Genfer Verhandlungen auf internationale Arbeitszeitverkürzung.

Gesamtlich der Verhandlungen, die in Genf für die internationale Einführung der vierzigstündigen Woche gepflogen werden, wird man, wie so häufig bei ähnlichen Verhandlungen, an die Anekdoten von höflichen Leuten erinnert, die vor der Tür stehen und ihr ganzes Leben lang an der Schwelle der Tür stehen bleiben müssen, da aus purer Höflichkeit keiner von ihnen zuerst in das Zimmer treten will.

Arbeitszeitverkürzung — ausgezeichnet! Gern wollen wir sie in die Reihe unserer Gesetze aufnehmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß auch die anderen Länder ein solches Gesetz annehmen. Dieser Formel bedienen sich die Regierungen bei den gegenwärtigen Verhandlungen, derselben bedienen sie sich auch schon bei der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag, die bisher noch nicht international ratifiziert ist.

Abstützung! Freilich wollen wir abstützen und die dahingehenden Gesetze beschließen. Jedoch müssen die anderen Länder vorangehen, zumal — das ist die charakteristische Formel der Regierungen — unsere Waffen sowie nur Verteidigungswaffen sind, während die Rüstungen anderer Länder Angriffswaffen darstellen.

Wir sind große Anhänger des Zollabbaus. Können jedoch unsere Zölle nicht ermäßigen, solange die anderen Länder an ihren Zöllen festhalten. Bis dahin gehen wir mit weiteren Zollerböhrungen und anderen Abwehrmaßnahmen vor.

Die Massentaufkraft müßte gefördert werden, wenn wir aus der Krise herauskommen wollen, das sehen wir ein. Solange aber Maßnahmen zur Stärkung der Massentaufkraft z. B. Kreditverweigerung nicht von allen Ländern durchgeführt werden, gehen wir weiter mit Lohnsenkungen und Produktionseinschränkungen vor.

Die überstürzte Rationalisierung, die überspannte Durchführung des technischen Fortschritts würde eine Regelung des Tempos und der Art des weiteren technischen Fortschritts erfordern. Wollig einverstanden, wir müssen jedoch weiter rationalisieren, solange nicht sämtliche Länder Maßnahmen für die Begleitung des technischen Fortschritts beschließen.

Rückkehr zur Goldwährung? Ja, das wäre wohl für die ganze Weltwirtschaft sehr erwünscht, wenn der Weltmarkt und die internationalen Kapitalbewegungen wieder ansteigen sollen. Wir billigen daher, daß andere Länder bei der Goldwährung bleiben oder, falls sie diese aufgegeben haben, sie wiederherstellen, wir selbst dagegen bleiben zunächst, solange nicht sämtliche Länder zur Goldwährung zurückkehren, bei unserer Papierwährung.

Derart bleiben die Regierungen, wenn es sich um Fragen handelt, die international geregelt werden sollen, an der Tür stehen, keine will hinein, so daß sie ewig an der Schwelle stehenbleiben.

Warum so höflich? Man kann Verständnis dafür haben, daß die Regierung eines Landes nicht in das Zimmer treten will, in dem internationale Regelungen beschlossen werden, solange sie befürchten muß, die anderen würden draußen bleiben. Daß ein Land nicht abstützt, seine Zölle nicht abbaut, seine Goldwährung nicht wiederherstellt usw., ehe es keine Garantie hat, daß auch die anderen das Gleiche tun, wäre danach begrifflich. Es gibt zwar Situationen, in denen ein mutiges Beispiel viel bedeutet und zur Nachahmung anspornt; dennoch wäre es zuviel, von dem einen oder dem anderen Land zu erwarten, daß es mit dem guten Beispiel vorangeht. So wäre es notwendig, daß, wenn auch nicht alle, so doch die wichtigsten Regierungen die

Schwelle des Zimmers der internationalen Regelungen gleichzeitig überschreiten. In der durch Interessengegenstände zerklüfteten unorganisierten kapitalistischen Welt müssen sich die Länder vor Betrug ebenso zu schützen wissen, wie Kartenpieler vor Falchspielern.

Inbessenen bleiben die Regierungen — und das ist für die Lage kennzeichnend — nicht nur aus Mißtrauen gegenüber den anderen an der Schwelle stehen, sondern in der Regel der Fälle deshalb, weil sie überhaupt nicht die Absicht haben, hineinzugehen. Wenn sie sagen: Wir wollen unsere Rüstungen, unsere Zölle usw. abbauen, wenn die anderen es auch tun, so sagen sie das in der Annahme, ja in der Hoffnung, die anderen werden ihnen schon den Gefallen erweisen, jene Maßnahmen nicht zu beschließen, so daß auch sie von der Verpflichtung ihrer Einführung befreit werden.

Derart können internationale Vereinbarungen zustande kommen, die von Anfang an leer und nichtsbedeutend sind. Sie gelten nur für den Fall, wenn sie von sämtlichen angeschlossenen Ländern nachträglich ratifiziert werden. Versäumt aber das eine oder das andere Land die Ratifizierung, so wird die ganze Vereinbarung hinfällig.

Man muß sich fragen, wozu dann das ganze Theater? Wozu internationale Vereinbarungen, wenn hinter ihnen nicht der Wille steht, sie in die Wirklichkeit umzusetzen? Solange die gegenwärtige Praxis besteht, dient sie nur der internationalen Höflichkeit: kein Land will den Geboten internatio-

ner Solidarität ausdrücklich widersprechen, jedes Land darf eine hehre internationale Befinnung zur Schau tragen, solange das zu nichts verpflichtet. Der tiefere Sinn bewährten Theaterspiels ist jedoch in den meisten Fällen in der lastenmäßigen Spaltung der kapitalistischen Gesellschaft zu finden. Jene internationalen Regelungen beziehen sich zumeist auf Gegenstände, die in den einzelnen Ländern politisch mächtigen Gruppen und Interessen nicht gefallen. Diese Gruppen bringen daher solchen internationalen Maßnahmen, so wünschenswert sie auch sowohl für die einzelne Volkswirtschaft wie für die ganze Welt sein mögen, einen starken Widerstand entgegen. Es ist jedoch das bequemste, diesen Widerstand in die höfliche Gestalt der „bedingten, Ratifizierung“ zu kleiden. Gibt es doch im eigenen Land große Volksschichten, vor allen Dingen die Arbeiterschaft, die jene internationalen Vereinbarungen aufrichtig fördern möchten. Diesen einfach die kalte Schulter zu zeigen, wäre unklug, solange es eine so einfache Methode gibt, die vorgeschlagenen internationalen Vereinbarungen auf fastem Wege zu vereiteln. Lieber gibt man also, häufig sogar in hohen Brusttönen der Ueberzeugung, seine bedingte Zustimmung zu den internationalen Abkommen, in dem Bewußtsein, daß die Maßnahmen, die jenen mächtigen Kreisen unwillkommen sind, an der Forderung anderer Länder sowie zunächst gehen würden. Dieser einfache und leider so wahre Tatbestand steht zu meist im Hintergrunde jener Höflichkeit, von der unsere eingangs erzählte Anekdote handelt. A. S.

12. Bundesausschussführung des ADGB.

Am Sonnabend, dem 21. Januar, trat der Ausschuss des ADGB zusammen. Den Bericht des Bundesvorstandes erstattete Leipart. Die nicht unerhebliche Rückwärtsbewegung der Mitgliederzahl ist im letzten Quartal zum Stillstand gekommen. Teilweise ist eine Wendung zum Besseren eingetreten. Weniger erfreulich sind leider die Aussichten für eine wirkliche Arbeitsbeschaffung.

Reichskommissar Dr. Gerete hat sich offenbar gegen die vorhandenen Widerstände und Vorurteile nicht so durchsetzen können. Die Frage der Arbeitsbeschaffung wird nicht im Sinne unserer Forderungen und in dem von uns gewünschten Tempo vorwärts getrieben. Wir stehen zwar in Verbindung mit dem Reichskommissar. Es ist hier und da gelungen, Verbesserungen durchzusetzen oder unerwünschte Maßnahmen zu verhindern, aber im großen und ganzen sind die Einflüsse der Privatwirtschaft, ist die Angst vor einer Inflationsgefahr stärker. Wir haben durchsetzen können, daß ein Teil der Reueinstellungsprämien für öffentliche Arbeiten angelegt wird, aber wir haben vergeblich dagegen Einspruch erhoben, daß Privatunternehmer auch für auf diese Weise in Gang gesetzte öffentliche Arbeiten die Prämien erhalten.

Die Wirtschaftskrise trifft die erwerbslosen Arbeitermassen ungleich härter als andere Bevölkerungsschichten. Die Vorstände des ADGB und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben sich daher entschlossen, noch einmal beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden, um ihm die Auffassung der Gewerkschaften von der gegenwärtigen Lage und ihre Forderungen zur Ueberwindung der Not vorzutragen. Der Reichspräsident hat sich bereit er-

kärt, die Vertreter der Gewerkschaften zu empfangen.

Leipart erinnerte an das vom Bundesausschuss bereits im Oktober 1930 eindringlich erhobene Verlangen nach gesetzlicher Durchführung der vierzigstündigen Arbeitswoche. Kameradschaftliche Solidarität mit den Millionen Beschäftigungslosen veranlaßte die Gewerkschaften zu diesem Schritt. Trotzdem ist von seiten der Regierung nichts geschehen, um diese für die Arbeiter selbst mit Opfern verbundene Forderung zu erfüllen. Statt dessen erfolgten wiederholte zwangsweise Lohnsenkungen, die die Kaufkraft bauern herabdrückten.

Daß dieser Weg nicht weiter begangen und eine Arbeitszeitverkürzung nicht ohne Lohnausgleich durchgeführt werden darf, ist vom wirtschaftlichen ebenso wie vom sozialen Standpunkt eine Selbstverständlichkeit. Der Lohnausgleich für die entfallenden Arbeitsstunden ist unbedingt notwendig.

Als Nachfolger des verstorbenen Hermann Müller wurde der langjährige Bezirkssekretär des ADGB, Wilhelm Deuschner (in den letzten Jahren Innenminister des Freistaates Hessen) zum deutschen Arbeitervertreter im Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamts vorgeschoben. Zu gleicher Zeit erfolgte die Wahl Deuschners als Nachfolger Umbrechts in den Bundesvorstand. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts ist die entscheidende Körperschaft für eine wirksame Beeinflussung der Entwicklung der internationalen Sozialpolitik.

In der Aussprache ergab sich die volle Uebereinstimmung der Verbandsvertreter mit den Ausführungen Leiparts. Es wurde hervorgehoben, daß der

Umfang der Arbeitslosigkeit ohne eine tiefgehende Arbeitszeitverkürzung nicht dauernd gemindert werden kann. Mit großem Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß in Deutschland selbst bei der gegenwärtigen Lage in vielen Fällen noch über 48 Stunden, ja bis zu 60 Stunden gearbeitet werde. Es sei ein Skandal, daß angesichts der ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit in der letzten Zeit sogar die Behörden die Ueberschreitung der 48stündigen Arbeitszeit zulassen, statt die Gewerkschaften in ihrem Kampfe gegen das Ueberstundenwesen zu unterstützen. Mit diesem Mißstand müsse in erster Linie aufgeräumt werden. Der Bundesvorstand fordere daher von der Regierung die gesetzliche Verminderung der Arbeitszeit auf ein Maß, das geeignet ist, einem großen Teil der materiell und seelisch leidenden Arbeitslosen endlich wieder den Weg zu Lohn und Brot zu öffnen.

Die Besprechung mit dem Reichspräsidenten, an der Leipart, Grafmann, Eggert und Stöhr (F.A.-Bund) teilnahmen, drehte sich inhaltlich um nachstehende Fragen:

1. Die erste Voraussetzung für eine Entspannung der unerträglichen Lage ist eine großzügige Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand. Die bis herigen Maßnahmen der Regierung auf diesem Gebiet müssen mit größter Beschleunigung erheblich erweitert werden.
2. Der dadurch eingeleitete Besserungsprozess ist in seinem Umfang und Tempo wesentlich abhängig von der Arbeitszeit der Vollarbeiter. Demzufolge muß eine der Produktionstechnik angepasste Arbeitszeitverkürzung gesetzlich durchgeführt werden, die jedoch nicht zu weiteren Einkommensminderungen der Arbeitenden führen darf.
3. Die Pflege weltwirtschaftlicher Beziehungen zur Erhaltung und Steigerung der deutschen Ausfuhr muß die vornehmste Aufgabe der deutschen Handelspolitik sein.
4. Der Wiederaufbau der Massenkaufkraft und der sozialen Leistungen mit dem Ziel der Schaffung eines umfangreichen Binnenmarktes muß den Besserungsprozess unterstützen.

Grafmann berichtet dann über die Entwicklung des politischen Lebens, die gekennzeichnet ist durch das Anwachsen der radikalen Flügelparteien rechts und links, und dazu geführt hat, daß auch die Gewerkschaften im politischen Leben stärker in den Vordergrund treten mußten. Sie waren dadurch heftigen Angriffen der radikalen Bewegungen ausgesetzt. Manche ihrer Handlungen wurden mißverstanden oder in verleumderischer Absicht falsch gedeutet. Insbesondere muß die Behauptung, die Gewerkschaften näherten sich der Auffassung des Faschismus über die Stellung der Gewerkschaften im Staatswesen, als verlorene Behauptung, der jede Grundlage fehlt, entschieden zurückgewiesen werden. Falsch sind auch die Folgerungen, die in vielfacher Form und mit wechselnder Absicht an die Unterredung der Führer des DGB. mit dem Reichswehrminister von Schleicher — wenige Tage vor seiner Ernennung zum Reichkanzler — geknüpft worden sind. Diese Unterredung hatte nur den einen Zweck,

bei der Reichsregierung in dem Augenblick, da sie sich nach dem Rücktritt des Kabinetts von Papen neu bildete, die sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften, namentlich ihre Forderungen zur Binderung der Arbeitslosigkeit und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nachdrücklich zu vertreten. Bedinglich dies war seit jeder der Zweck festlicher Fühlungsnahme des Vorstandes des DGB. mit den Regierungen des Reiches. Und nur dies wird immer der Zweck einer solchen Fühlungsnahme sein. Um aber die Interessen der Arbeiterschaft und die Forderungen der Gewerkschaften wirksam zu vertreten, werden die Gewerkschaften auf eine solche Art der Fühlungsnahme mit den wechselnden Reichskabinetten nie verzichten können.

Grafmann unterrichtete den Bundesvorstand im einzelnen über den Verlauf der Unterredung mit dem Reichswehrminister sowie über die Entstehung und den Charakter einiger anderer Vorgänge, die Ausgangspunkt für Verträge über die Haltung der Gewerkschaften und für Verdächtigungen gegen sie geworden sind. Er verweist ausführlicher bei jenen „Protokollen“ von angeblichen Unterredungen zwischen Mitgliedern des Vorstandes des DGB. und dem Reichkanzler von Papen sowie Persönlichkeiten der RSDAP. Grafmann kann, indem er den Text dieser „Protokolle“ zergliedert, nachweisen, daß sie den Stempel der Fälschung an der Stirn tragen — der Fälschung mit der Absicht der Verleumdung, mit dem Zweck, Mißtrauen zu säen zwischen der Führung und der Mitgliedschaft der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften werden sich aber auch in ihren Organisationen dieser schändlichen Methode des Kampfes gegen sie zu erwehren wissen. Sie werden nicht dulden, daß Mißtrauen in ihre Reihen getragen und die Stohkraft der Bewegung dadurch benachteiligt wird. Ebenjowenig werden sie abweichen von dem Grundjah, nach dem sie Anspruch erheben müssen auf völlige Unabhängigkeit in der Meinungsbildung über Fragen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens und in der Wahl ihrer tatsächlichen Haltung. An diesem Anspruch halten sie jeder Partei gegenüber fest. Dieser Grundjah behält auch dort Geltung, wo das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse ein Zusammenwirken der Gewerkschaften mit politischen Parteien gebietet. Denn nur die strenge Befolgung dieser Grundanschauung bietet Gewähr für die Erhaltung der Einheit in den Gewerkschaften. Grafmann erläutert am Schluß seiner Rede diese grundsätzliche Anschauung an einer Reihe von Vorgängen des politischen Lebens.

Leipart fügt den Ausführungen Grafmanns weitere Mitteilungen und einige prinzipielle Bemerkungen hinzu. Es werde, sagt er, Klage darüber geführt, daß die Gewerkschaften nicht gleich der SPD. und nicht mit der gleichen Schärfe wie sie in Opposition zur Regierung von Schleicher stehen. Auf diese mißverständliche Beurteilung der Haltung der Gewerkschaften zur gegenwärtigen Regierung erwidere er:

Die Gewerkschaften stehen zu jeder Regierung in Opposition

wie immer sie zusammengesetzt ist. Denn die Gewerkschaften werden noch für lange Zeit lebhaft Forderungen an die Regierungen zu richten haben. In der Debatte fanden die von Grafmann und Leipart vertretenen Grundzüge die volle Zustimmung des Bundesauschusses.

Reichsanzler Schleicher gestürzt.

Am 28. Januar 1933 ist das Kabinett Schleicher nach 55tägiger Regierungszeit zurückgetreten. Am Dienstag, dem 31. Januar 1933 sollte der Reichstag endgültig zusammentreten, um die Regierungserklärungen entgegenzunehmen. Der Rücktritt Schleichers erfolgt deshalb, weil er die Vollmacht zur eventuellen Auflösung des Reichstags vom Reichspräsidenten nicht erhalten hat. Hindenburg hat v. Papen, den Vorgänger Schleichers, dem bei den Herbstwahlen 1932 neun Zehntel aller Wähler Deutschlands das Mißtrauen ausgesprochen hat, erneut damit beauftragt, durch Verhandlungen mit den Parteien die politische Lage zu klären und die vorhandenen Möglichkeiten festzustellen.

Inzwischen hat sich schon eine neue Regierung auf der Grundlage der Harzburger Front gebildet. Kurz vor Drucklegung der Zeitung geht uns die Mitteilung zu, daß der Reichspräsident nachstehende Personen mit der Führung der Regierungsgeschäfte betraut hat:

- Hilfer, Reichsanzler,
- Dr. Fritd, Minister des Innern,
- Generalleutnant v. Blomberg, Reichswehrminister,
- Hugenberg, Wirtschaftsminister,
- v. Papen, Reichskommissar für Preußen,
- Göring, kommissarisch mit Führung des Innenministeriums in Preußen betraut.

Für die gesamte sozialistische Arbeiterschaft gilt es bereit zu sein, um im entscheidenden Moment den Ansturm dieser reaktionären Gewalten abzuwehren.

Seltene Reformisten.

Vor einigen Wochen bei der Berliner Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes angehängt, keine Tarifverträge mehr abzuschließen in Industrien, in denen die Arbeiterklasse schlecht organisiert ist. Der Sinn des Entschlusses ist klar — es soll den Unorganisierten vor Augen geführt werden, daß es nicht für alle Zeit schmerzende Ruheherbe des Kampfes anderer sein sollen. Dagegen tritt die kommunistische „Rote Fahne“ einen Aufruf der Unterstützung „Lestung“ des Fabrikarbeiterverbandes liefert die sozialen Errungenschaften aus — mobilisiert die Verbandsmittglieder zum Oppositionsentschluß! Zunächst: Tarifpolitik war doch bisher in der SPD-Sprache eines der vornehmlichsten Mittel des reformistischen Klassenverrats. Und jetzt nennt sie das Berliner Amtsblatt der Weltrevolution als einmal eine „soziale Errungenschaft“. Aber wenn die Bekehrung schon soweit gediehen ist — warum dann nicht: „Mobilisiert die Richtmittglieder?“ — das und nichts weiter wollte nämlich der Fabrikarbeiterverband.

Sittliche Weltordnung?

„Sittliche Weltordnung“... wie heißt? Wo der eine hungert, der andere preißt. Deutbold.

Sagt, ist die Weltordnung sittlich, nur weil es euch gut geht? Ist das Zusammenleben in dieser Ordnung göttlich, nur weil ihr zu essen und trinken und zu wohnen habt?

Denn ihr sprecht doch von der sittlichen und göttlichen Weltordnung. Obwohl so ungeheuer große Massen hungern und darben. Aus bleichen, abgezehnten Menschen schreit die Not. Die blühnen Wieder abgegebener Frauen sind ein trübes Bild des Elends. Aus müden Rinderaugen spricht es so traurig-ernst in das Herz.

Seht ihr das nicht? Führt ihr das nicht? Weht es in euch denn nicht auf?

Nein! Und abermals nein! Denn sonst würde es sich in euch zur Tat empören, und ihr wäret die Feinde dieser Ordnung, die ihr sittlich und göttlich nennt.

Der dort — ihr kennt ihn, denn er ist überall — der arbeitet und arbeitet sein Leben lang, und er beschleßt seine Tage ebenso, wie er sie begonnen hat, im Begehren aus der Hand in den Mund, im Kampf um den Augenblick.

Und der da arbeitet auch, doch dann ist er ohne Arbeit. Tage? Nein, Monate, Jahre! Er hat Kraft zum Schaffen, doch dazu kein Recht. Das Leben der Arbeit hat keinen Platz für ihn. Und eine Unterfütterung schützt ihn kaum vor dem Verhungern. Und der da? Der ist geeignet vom Glück. Der hat alles und mehr als alles. Und sein Besitz machte ihn fast und fast und berechnend und gefällig- und mittelstündig-brutal. Diesen Träger der Ordnung, die ihr göttlich nennt.

Kann jemals eine Ordnung sittlich sein, die vom materiell-egoistischen Verlangen getragen? In der

eine Klasse bestimmend ist? Und die andere nur das Glück genießt, das sie der Herrschaft abträgt?

Die Zeit war, wo ihr die sittlichen Begriffe in Büchern niederlegt und lernen liehet und zu glauben zwanget. Und ein neues, heiliges ungeschriebenes Gesetz steigt mit dem Kampfe des Volkes aus der Geschichte. Und das heißt:

Arbeit in Freiheit,
Menschengleichheit,
Gemeinschaft.

Gegen das Gift der Ermüdung.

Es gibt viele Menschen, die durch die Not abgestumpft sind. Zuerst empörten sie sich vielleicht noch gegen das Elend. Da waren sie kämpferisch. Da waren sie gewerkschaftlich bewußt. Aber als dann die Not kein Ende brachte, wurden diese Menschen innerlich ermüdet, teilnahmslos und teilnahmlos. Bis sie ihr Los schließend gleichgültig hinnahmen. Und es triumphierte diese Kraft der Ermüdung, die allenthalben im Leben eine solche große Rolle spielt.

Es ist erwiesen, daß Menschen sich durch allmähliche Ermüdung gar an Gifte in solcher Menge gewöhnen können, durch die ohne Ermüdung eine ganze Anzahl von Menschen zu Tode gebracht werden kann. Aber der Mensch, der sich langsam an das Gift gewöhnt, bleibt am Leben. Menschen, die plötzlich zu schweren Lasten gezwungen sind, erleben ein Zerreißen von Muskeln, während die Ermüdung sie in den Stand setzt, dauernd noch viel schwerere Lasten zu tragen. Der Körper, dem das Widrige zugebraut wird, stellt sich auf dieses Widrige ein, indem er andere Lebensaufgaben vernachlässigt. Er verliert die in Menschen Funktionen, und die zunehmende Belastung zu ertragen. Natur drängt nach

Ausgleich. Und so hilft sie auch manchen über die Not durch Gleichgültigkeit hinweg. Natur macht die Seele matt, daß sie aushalten kann.

Da ist es eine im wahren Sinne des Wortes natürliche Aufgabe für uns, diesen seelischen Ausgleich in anderer Weise zu bewirken. Wir müssen den ermatteten Menschen die seelische Kraft geben, die sie das Elend ertragen läßt.

Der Gewerkschaftskampf ist nicht nur eine Kraft, die gestaltet. Er trägt auch eine große Lebensbedeutung in sich. Er erhebt den proletarischen Tag, indem er dem Dasein einen bedeutsamen Sinn gibt. Und durch Erleben solidarischer Kraft läßt er fühlen, daß dieses gewerkschaftliche Dasein kein Irrlicht ist.

Wir müssen den gewerkschaftlichen Gedanken darum auch in die verweirte Seele der Arbeitslosen und Arbeitsrüder legen. Wir müssen versuchen, diese Seele für uns zu erwecken. Mit unserem gewerkschaftlichen Glauben müssen wir die Menschen wieder zu gewinnen suchen. Wie schon es ja, sobald in einem Zweige des Wirtschaftslebens nur eine ganz kleine Besserung zu spüren ist, nimmt die Zahl der Mitglieder in dem betreffenden Verbände zu. Der Glaube ist in ihnen gewekt. Ihre Seele hat wieder Kraft gefunden. Sie sind mutiger.

Das Erlassen der Menschenfeste durch das Leben unserer Bewegung ist von größtem praktischem Wert. Es geht nicht ohne eine starke Seele. Und wir haben in Fülle die Werte, die einen Menschen glaubend und mutig machen.

Seht euch darum für die Bewegung ein als starke Menschen! Laßt alle etwas von dem stolzen Sinn spüren, den ihr tragt! Laßt alle warm werden an eurer glaubenden Menschlichkeit!

Und ihr entzündet den Lebensfunken, der in allen ist. Und ihr macht stark. Nicht nur den einzelnen, auch die Bewegung. Und durch den Erfolg auch — euch selbst.

Dr. G. H.

